

BERGARBEITER-MITTEILUNGEN

HERAUSGEGEBEN VOM

ARBEITSAUSSCHUSS FREIGEWERKSCHAFTLICHER BERGARBEITER DEUTSCHLANDS
(ANGESCHLOSSEN DER BERGARBEITER-INTERNATIONALE: - SITZ LONDON)

Vierter Jahrgang: No. 2.

Februar 1939.

Lohnerhöhung für Jungknappen.

Die Wirtschaftsgeschichte kennt in Fülle Perioden der Hochkonjunktur, die einen solchen Umfang annahmen, dass in verschiedenen Wirtschaftszweigen ein Mangel an Arbeitskräften entstand. In solchen Zeiten sah sich das Unternehmertum gezwungen, der ihm durch den Mangel an Arbeitskräften entstandenen Schwierigkeiten durch Lohnaufbesserungen Herr zu werden. Die Gewerkschaften nützten die ihnen günstigen Umstände kräftig aus, was alles dazu beitrug, dass die Arbeitskraft dorthin wanderte, wo sich ihr die besten Anlagebedingungen boten.

Der deutsche Faschismus hat diesen marktmässigen Gang der Dinge unterbunden. Aus zwei Gründen vornehmlich. Einmal ist die vom Nationalsozialismus entfachte Rüstungskonjunktur eine Konjunktur eigener Art. Sie unterscheidet sich von den gewöhnlichen kapitalistischen Konjunkturperioden vor allem dadurch, dass sie weder mittelbar noch unmittelbar eine Steigerung des Volkseinkommens bewirkt. Das wäre nur dann der Fall, wenn die Erzeugung von Produktionsgütern für die Herstellung von Gebrauchsartikeln steigen oder wenn unmittelbar die Verbrauchsgütererzeugung selbst wachsen würde. Bei der deutschen Rüstungskonjunktur ist keines von beiden der Fall. Sie basiert ausschliesslich auf einer geradezu unbeschreiblichen Steigerung von Kriegsgerät, das in jeder Beziehung eine Verminderung und nicht eine Vermehrung des Volkswohlstandes darstellt. Und so entfällt für den deutschen Faschismus generell auch die Möglichkeit dem Arbeitermangel auf dem alten Wege der Einkommenssteigerung zu begegnen. Ein Beschreiten dieses Weges würde ihn in unlösbare Schwierigkeiten verstricken. Die nationalsozialistische Führung weiss das natürlich und predigt darum das Gleichbleiben von Löhnen und Preisen. Sie muss diesen Weg aus Gründen ihrer Selbsterhaltung gehen, wobei in der Praxis selbstverständlich nur die Löhne (und nicht das immer) stabil bleiben, die Preise jedoch direkt oder verkappt stetig steigen.- Als weiteres kommt hinzu, dass die deutschen Trustmagnaten, die Thyssen und Kirdorf, Hitler nicht nur deshalb finanziert und an die Macht gebracht haben, damit er ihnen durch Rüstungsaufträge Profite zuschanze, die ihnen je nach Lage der Dinge durch eine Steigerung des Arbeitereinkommens immer wieder geschmälert oder gar streitig gemacht werden können. Die Auflösung der gewerkschaftlichen Organisationen sollte die Voraussetzung eben jener stabilen Löhne und Preise darstellen, wie sie sie verstehen, ihnen also vor allem die Stabilität der Profite sichern .

Bei der Lenkung der Arbeitskraft nach den für die faschistische Wirtschaftsführung wichtigsten Punkten ist dann auch ausschliesslich das regulierende Moment der Einkommensgestaltung durch staatliche Anordnung ersetzt worden. In der Praxis führte das zu einem umfangreichen und stets wachsenden Berg von Gesetzen und Verordnungen, die ihrem Wesen nach alle irgendwie darauf hinauslaufen müssen, die Freizügigkeit des Arbeiters zu beschränken oder aufzuheben. Nennenswerte Konzessionen des deutschen Faschismus an das liberale Gesetz der Arbeitskraftlenkung durch Einkommensgestaltung wurden bisher nicht gemacht, wohl wurde diesem durch eine Fülle von Verbotsbestimmungen für Lohnaufbesserungen entgegengewirkt.

Es ist selbstverständlich, dass alle die Sklavenverordnungen viel böses Blut erregen. In erster Linie natürlich bei den Arbeitern, aber auch bei den kleinen Unternehmern, die nicht mehr durch Engagierung von tüchtigen Arbeitern ihre Betriebe so ausnützen können, wie sie es gern möchten. Wenn die Sklavenverordnungen trotzdem nicht nur gehandhabt, sondern fast täglich um neue vermehrt werden, so zeigt das nur, wie fest die Existenz der faschistischen Ordnung mit ihnen verknüpft ist.

Und doch erleben wir auf einem besonderen Gebiet des Arbeitslebens, dass der deutsche Faschismus mit seinen Zwangsgesetzen allein nicht mehr auskommt und dem

liberalen Gesetz der Leitung der Arbeitskraft durch Einkommensgestaltung Konzessionen machen muss. Es sind eigenartigerweise gerade die jungen Industriearbeiter, die im Augenblick davon einigen Vorteil haben. Wir nehmen als Beispiel die soeben verordnete Lohnaufbesserung der jungen Bergleute. Sie gestaltet sich wie folgt: Ein Jungknappe im Ruhrgebiet verdiente pro Schicht

Alter	bisher	ab 1. März 1939.
16 Jahre	2.69 Rm.	3.23 Rm.
17 "	3.23 "	3.77 "
18 "	3.77 "	4.30 "
19 "	4.30 "	4.84 "
20 "	4.84 "	5.38 "

Da Lohnerhöhungen heute in Deutschland verboten sind, haben wir nach der Ursache der hier getroffenen Ausnahme zu fragen. Um es vorweg zu sagen, diese liegt keineswegs in der "Fürsorge für die Jugend" oder ähnlich menschenfreundlichen Bestrebungen, wie es die Nazipropaganda jetzt hinstellt. Die Einkommensverbesserung der Jungknappen ist wie jede Lohnerhöhung im Kapitalismus ausschliesslich eine Folge der Machtverhältnisse zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum.

Die Position der jungen Knappen verstärkte sich durch den Mangel an bergmännischen Arbeitskräften. Dieser wurde kräftig ausgenützt. Jungens, die aus der Schule entlassen wurden, weigerten sich, Bergmann zu werden. Und solche, die bereits auf einer Grube Arbeit genommen hatten, wechselten in andere Berufe über. Man ging dort hin, wo bei weniger schwerer und gefährlicher Arbeit die gleiche oder gar eine bessere Entschädigung gezahlt wurde. Gegen diese ganz natürliche Obstruktion setzten Unternehmertum, Staatsbehörden und Nazis eine riesige Kampagne ins Werk.

Sie begann, was zweifellos für die Zechenkapitäne das billigste war, mit einer Propaganda für die stolze Tradition des Bergmannsberufes. Ihr wurde in allen nur erdenklichen Tonarten das hohe Lied gesungen. Aber was gibt ein Junge, der abends mit seinem Mädchel ausgehen will und dafür ein paar Pfennige Geld braucht, schon um die stolze Berufstradition, wenn sie ihm das nicht mal erlaubt! Und ausserdem: welcher Beruf hat schliesslich keine Tradition und keine Romantik. Diese Phrase zog jedenfalls nicht, die Jungens blieben weiter dem Zechenbetrieb fern.

Mehr versprachen sich dann schon Nazis und Grubenbarone von der Proklamierung des Bergmannsberufes als eines gelernten Berufes. In der Tat, gelernter Arbeiter zu sein, das ist etwas, was auf einen deutschen Jungen nicht ganz ohne Eindruck bleibt. Aber die bergmännische Lehre wurde dann wieder in rein kapitalistischem Gewinninteresse so gestaltet, dass auch dieser Plan von den Jungens zunichte gemacht wurde. Wenn, wie es auf verschiedenen Zechen der Fall war, der Lohn in eine Erziehungsbeihilfe umgewandelt wurde, so mag das hingehen. Wenn aber diese Erziehungsbeihilfe auf den halben Satz des ursprünglichen Tariflohnes für Jugendliche reduziert wird, der junge Bergmann also die "Lehre" sehr teuer erkaufen muss, verliert die Sache schliesslich allen Reiz. Hinzu kam die Einführung eines geradezu unverschämten Lehrvertrages. Nach ihm konnte der junge Bergmann erst nach Ablegung der Arbeitsdienst- und Militärzeit die Hauerprüfung machen. Und wer möchte schliesslich die Hälfte seines Lebens als Lehrling angesehen werden! Gegen diese Lehrverträge brach eine Widerstandswelle los. Eltern und Vormünder weigerten sich, sie abzuschliessen. Und wo unter dem Zwang der Verhältnisse diese sich dazu bereit zeigten, machten die Jungens nicht mit. Vielerorts rissen sie einfach aus dieser "Lehre" aus.

Jetzt traten die Unternehmer ganz offen mit der Forderung hervor: die Arbeitsämter sollen die Jungens zwingen, Bergmann zu werden, da der Bergbau seiner volkswirtschaftlichen Wichtigkeit wegen genau wie die Landwirtschaft einen Sonderschutz verdiene. Die DAF-Bonzen opponierten gegen diesen Vorschlag, der von dem Zechendirektor Wisselmann erhoben wurde. Nebenbei gesagt, Generaldirektor Wisselmann ist stellvertretender Leiter der DAF Abteilung Bergbau. Die Opposition der DAF-Bonzen gegen ihren Unternehmerkollegen Wisselmann wurde nur zum Schein geführt. Uns ist eine Fülle von Fällen bekannt, wo Jugendliche, vor allem Kinder von Bergarbeitern, zur Arbeit auf der Zeche gezwungen wurden. Den auf einem Pütt beschäftigten Vätern wurde mit Entlassung gedroht, wenn ihr schulentlassener Junge nicht ebenfalls die Bergarbeit aufnehmen würde. Kleinen Handwerkern, die bereits einige Monate Bergarbeiterkinder in der Lehre hatten, wurde vom Arbeitsamt deren Weiterbeschäftigung untersagt. In einigen Fällen weigerten sich diese, den mit den Eltern ihres Lehrlings abgeschlossenen Lehrvertrag zu brechen. Hier griff die Polizei ein und zwang sie dazu.

Aber trotz allem, geholfen hat auch das nichts. Der Bergbau kann noch viel weniger als jeder andere technisch hochentwickelte Betrieb mit Sklaven betrieben werden. Die Kontrolle unter Tage ist sehr beschränkt. Neun Zehntel seiner Arbeitszeit muss der Bergmann unter Tage ohne Vorgesetztenkontrolle arbeiten. Wie aber soll unter solchen Umständen auch nur ein einigermaßen befriedigendes Produktionsergebnis erreicht werden, wenn man es mit jungen Arbeitern zu tun hat, die sich zur Berg-

arbeit gezwungen fühlen. Ganz zu schweigen davon, wie mit einer solchen Belegschaft schliesslich die Betriebssicherheit aufrechterhalten werden soll.

So blieb schliesslich dem nationalsozialistischen Sklavenregiment und dessen monopolkapitalistischen Auftraggebern am Ende nichts anderes mehr übrig, als sich dem Zwang der Verhältnisse zu beugen und zu versuchen, dem Nachwuchsmangel im Bergbau durch eine Lohnaufbesserung für die Jugendlichen zu steuern. Noch ist das eine Ausnahme. Doch vielerlei deutet darauf hin, dass es bei dieser einen Ausnahme nicht bleiben wird.

Bergwerksstillegung wegen Materialmangel. Es handelt sich hierbei um einen Salinenbetrieb bei Unna in Westfalen. Zur Weiterleitung des Produktionsergebnisses braucht man Röhren. Die wiederum sind aus Eisen hergestellt, das heute im dritten Reich ausschliesslich zum Kanonenbau gebraucht wird. Mithin wurde der Laden zugemacht. Die zur Entlassung kommenden Bergarbeiter der Saline Königsborn sollen auf den Hermann Göring Werken in der Provinz Hannover als Erzbergarbeiter angelegt werden. Sie werden dort unmittelbar den kriegswichtigen Rohstoff Erz schürfen statt wie bisher im Salinenbetrieb arbeiten, der ja " nur " für die Volksgesundheit da ist. Ein herrliches Symbol nationalsozialistischer Wirtschaftsführung und Sozialpolitik.

Der Kranke darf nicht zu Hause sein. Seit einigen Wochen ist es im Ruhrgebiet den Arbeitern, die krank feiern, verboten, zu Hause zu sein. Sie müssen entweder in einem Krankenhaus bleiben oder zur Arbeit gehen. Diese Verordnung richtet sich in gleichem Masse gegen die Bergarbeiter wie auch gegen die Knappschaftsärzte. Ihnen wird zum Vorwurf gemacht, sie behandeln krankfeiernde Bergarbeiter zu lau, wodurch der Wirtschaft des Vierjahresplanes Arbeitstage verloren gehen. In den Krankenhäusern werden nun junge Naziärzte die Überwachung der Kranken übernehmen und feststellen, wann sie wieder imstande sind zu arbeiten. Auch aus anderen Bergrevieren, so aus Oberschlesien, wird die Einführung dieser Krankengeldquetsche berichtet.

Der " Ruhrarbeiter " kommt nicht mehr zu Wort. " Der Ruhrarbeiter ", die in Essen erscheinende Wochenzeitung ist geschaffen worden, um der Welt vorzutäuschen, im dritten Reich sei eine Kritik der Arbeiter an den sozialen Vorgängen erlaubt. Um das als recht wahrscheinlich hinzustellen, wurden regelmässig Briefe von Arbeitern abgedruckt. Teils stammten diese von den Redakteuren des " Ruhrarbeiter ", so unter anderem die Briefe des " Bergmanns Joseph Winkler." Hier fühlte der Blinde mit dem Krückstock, wo dieser komische Bergmann eigentlich sitzt und " arbeitet." Aber es kamen in der Tat auch Arbeiter zu Wort, die wirklich noch in der Grube oder am Schraubstock arbeiten. Was die zu sagen hatten, versah " Der Ruhrarbeiter " dann meist mit einem besänftigenden Kommentar. Aber Redewendungen wie " Der Lohn reicht nicht hin und nicht her " dürfen heute in Deutschland wenn sie noch so wahr sind, nicht ausgesprochen, geschweige denn gar niedergeschrieben werden. So wurden nun auch die Arbeiterbriefe an den " Ruhrarbeiter " eingestellt. Je fester der Maulkorb angezogen wird, umso unsicherer fühlt sich das Regime.

Gewerkschaft und Arbeitsfront. Es kann als ein sehr erfreuliches Zeichen festgestellt werden, dass man in Oberschlesien bei der Einreichung oder Vortragung von Beschwerden aus dem Betriebe oder wegen Unterlassung von Sicherheitsmassnahmen oft die Bemerkung an den Vertrauensrat richtet, dass früher, als die Gewerkschaften noch existierten, solche Zustände nicht möglich waren, weil sie der Betriebsrat von sich aus beseitigt habe. Die Vertrauens-Räte werden jetzt mit den kleinsten Nichtigkeiten aus dem Betriebe überlaufen, wobei man ihnen immer wieder zu verstehen gibt, welche Funktion sie denn in der Arbeitsfront haben, wenn man auf die Erledigung von Beschwerden so lange warten muss. Kreisleiter Obst, ein Nachfolger des Kreisleiters Mütz aus Beuthen, der infolge seiner Versoffenheit halt gestellt worden ist, hat denn auch in einer Belegschaftsversammlung auf der Hedwigwunschgrube darauf verwiesen, dass die Volksgenossen doch endlich aufhören sollen, die Kreisleitung mit den unmöglichsten Dingen in Form von Beschwerden zu belästigen. Solche Sachen müssen im Betriebe selbst erledigt werden. In den Anfragen, die hin und wieder nach der Belegschaftsversammlung zugelassen werden, haben einzelne Nationalsozialisten schon den Mut, zu sagen, dass in ihrer Kameradschaft über die Arbeitsfront grosse Unzufriedenheit herrscht, weil eben Beschwerden, die dem Vertrauensrat zugetragen wurden, nicht erledigt werden und man sich darauf beruft, dass es zur Zeit der Gewerkschaften doch anders war, da musste die Verwaltung die Übel beheben, während man jetzt nur schöne Worte zu hören bekommt, ohne dass sich etwas ändere.

Aus einer Amtswaltertagung im Saargebiet.

Am Montag den 6. Februar fand in Neunkirchen, einem zentralen Industriegebiet der Saar, eine Amtswaltertagung der DAF.

statt. Auf dieser Tagung waren alle Amtswalter der DAF. von sämtlichen Berufsgruppen vertreten und eingeladen.

Nachdem der Kreisleiter immer wieder auf die notwendige Leistungssteigerung hingewiesen hatte, kam er mit den Plänen zur Leistungssteigerung heraus. Zuerst erwähnte er die grosszügige Rationalisierung um Arbeitskräfte frei zu machen. "Wir werden in kurzer Zeit, wenn alle Vorbereitungen getroffen sind zur zwölfstündigen Arbeitszeit greifen müssen, ohne diese kommen wir nicht aus. Deutschland muss sich gross arbeiten," brüllte er den Amtswaltern weiter in die Ohren.

Diese Worte schlugen bei den Amtswaltern wie eine Keule ein. Damit hatte kein Mann gerechnet. Totenstille herrschte auf der Tagung, die selbst dem Kreisleiter unangenehm war.

Auf einmal meldete sich ein Amtswalter aus dem Bergbau zu Wort um eine Anfrage zu machen. Der Amtswalter sagte: ich kann mir nicht vorstellen wie man die Zwölfstundenschicht im Bergbau einführen kann. Das ist doch unmöglich, solange können doch die Bergleute nicht arbeiten. Ich weiss nicht und wie stellt man sich die Einführung der Zwölfstundenschicht im Bergbau überhaupt technisch vor. "

Der Kreisleiter antwortete, dass ihm die Anfrage als selbstverständlich erschien. "Auch die Führung gehe den schwersten Gang seit ihres Bestehens das fühle ein jeder in der Führung. Aber es gehe einmal nicht anders. Der Mangel an Arbeitskräften ist so gross und wird täglich noch grösser, dass eine andere Lösung nicht möglich ist. Auch im Bergbau ist die Zwölfstundenschicht notwendig und wird eingeführt werden, wenn die Voraussetzungen geschaffen sind. Damit sollen alle rechnen. Auch dieses Opfer müsse für Deutschland gebracht werden. Die grosse Zeit verlange grosse Opfer und die Amtswalter sollten jetzt schon anfangen die Propaganda für die Zwölfstundenschicht zu beginnen. Er wisse, dass das schwer wäre aber für Deutschland müsse man alles fertig bringen."

Doch die Amtswalter brachten eben doch nicht alles für Hitler, der in dieser Tagung wieder einmal fälschlicherweise mit Deutschland gleichgestellt wurde, fertig. Bis heute haben sie sich wohlweislich gehütet auf den Gruben des Saargebiets für die Auffassungen des Kreisleiters Propaganda zu machen.

Zuchthauszustände beim Eschweiler Bergwerksverein.

Wie im Ruhrgebiet wurden auch all die Bergleute auf den Gruben des Eschweiler Bergwerks-

vereins, die im Verlauf des vergangenen Jahres drei und mehr willkürliche Feierschichten verfahren mit dem Entzug der Weihnachtsgratifikation bestraft. Zu hundert protestierten die Bergleute gegen diese Willkürmassnahmen. Als die Erregung und die Unruhe unter den Bergleuten den Nazi's zu gefährlich erschien, wurde die Gestapo eingesetzt. Auf fast allen Gruben des EBV. wurden Verhaftungen aufrechter Bergleute vorgenommen. Die Verhafteten wurden meist nach eintägiger Haft, nachdem sie genügend eingeschüchtert waren, wieder freigelassen.

Die Beseitigung der willkürlichen Feierschichten wird für die Nazis eine immer härtere Nuss. Nachdem sie diesen Feierschichten nicht mehr mit den Mitteln ihrer Demagogie Einhalt gebieten können, wurden alle Mittel des braunen Terrors dagegen eingesetzt. Ein Arbeiter der wieder einmal "willkürlich" feierte wurde zum Naziobmann bestellt. Hier wurde ihm kurz und bündig erklärt: Wenn das noch einmal vorkommt, dann kommst Du ins Arbeitshaus."

Augenblicklich hängt an den Anschlagbrettern der Gruben im Wurmgebiet eine Verordnung des Sondertreuhänders für den Bergbau, die den Bergleuten androht: "unentschuldigtes Feiern wird in Zukunft mit einer Gefängnisstrafe bis zu drei Monaten oder einer entsprechenden Geldstrafe bestraft."

Auf einer Grube des EBV. wollte man die KDF. Beiträge von 30 auf 80 Pfennige im Monat erhöhen. Der Betriebsobmann liess dazu am 12.1. folgenden Anschlag anbringen:

Auf Wunsch (?) eines grösseren Teiles der Gefolgschaft sollen die Beiträge für die KDF. ab 1. Jan. von 30 auf 80 Pfg. erhöht werden. Die Gefolgschaft erhält dafür im Monat zweimal den "Aufbruch" (Organ der DAF.), das Monatsheft der KDF., die Plakette für den nationalen Feiertag (1 Mai) und ein Los für die Arbeitsbeschaffung umsonst. Der Rest fliesst in die KDF. Gemeinschaftskasse." Sofort setzten Diskussionen ein und die Flüsterzeitung stellte die Fragen: "Wozu so viel Zeitungen, wenn unsere Frauen beim Einkauf Einwickelpapier mitbringen müssen," "wozu die Lotterie zur Arbeitsbeschaffung, wo doch an allen Ecken Arbeiter fehlen." Die Arbeiter bestürmten den Naziobmann und forderten die Herabsetzung der Beiträge. Die Beiträge wurden schliesslich auf 50 Pfennige ermässigt.